

Volker Rühle nach Bundesvorstandssitzung:

„Wir gehen gut vorbereitet in die Landtagswahlen am 14. Oktober“

Der Bundesvorstand hat sich auf seiner Sitzung am 17. 9. 1990 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus mit der Vorbereitung des Hamburger Parteitages beschäftigt und beschlossen, einen Antrag einzubringen, in dem der neugewählte und gemeinsame Bundesvorstand der CDU aufgefördert wird, eine Programmkommission einzusetzen, die eine Fortschreibung des Ludwigshafener Grundsatzprogramms erarbeiten soll.

Auf dem Hamburger Parteitag wird ein Manifest verabschiedet werden aus Anlaß der Vereinigung der Partei, in dem wichtige Grundsätze der gemeinsamen Arbeit festgelegt werden. Im übrigen wurde beschlossen, auf einer zusätzlichen Sitzung des Bundesvorstands — das wird dann schon der gemeinsame Bundesvorstand sein — am 22. Oktober 1990 eine Wahlplattform zu verabschieden mit programmatischen Aussagen für die nächsten vier Jahre.

Auf der Pressekonferenz erklärte Generalsekretär Volker Rühle: „Ich habe dem Bundesvorstand einen Bericht gegeben über den Stand der Vorbereitungen im Hinblick auf die Landtagswahlen in der DDR. Die Veranstaltungen des Bundeskanzlers laufen dort ganz hervorragend, und ich denke, wir sind gut vorbereitet, um zu einem sehr guten Wahlergebnis am 14. Oktober zu kommen.“

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

- **Zwei-plus-Vier**
Der Grundstein für eine neue europäische Friedensordnung.
Seite 3
- **Helmut Kohl**
Die volle Souveränität unseres Landes wird hergestellt. Seite 4
- **SPD**
Lafontaine — nur jeder zweite SPD-Wähler glaubt an ihn.
Seite 6
- **Junge Union**
Bericht vom Deutschlandtag in Leipzig. Seite 8
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle.
Rosa Teil
Touch the Future — Aktion der Jungen Union. Seite 26
Neue Materialien für die Frauenpolitik. Seite 27
- **Dokumentation**
Musterrede für die Landtagswahlkämpfe in den neuen Bundesländern. Grüner Teil

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Der Bundesvorstand hat sich dann auch befaßt mit dem Bericht des Parteivorsitzenden über die wichtigen Verträge, die mit der Sowjetunion abgeschlossen worden sind, und hat sich voll hinter die Entscheidungen gestellt, auch durch deutliche finanzielle Leistungen der Sowjetunion einen Abzug ihrer Soldaten in Würde in den nächsten drei bis vier Jahren zu ermöglichen. Als eine neue historische Grundlage für die deutsch-sowjetischen Beziehungen wurde der Generalvertrag begrüßt, der in Moskau paraphiert worden ist und hoffentlich bald unterzeichnet werden kann.

Gesprochen wurde auch über den deutsch-polnischen Vertrag bzw. die deutsch-polnischen Verträge, die im nächsten Jahr sehr schnell und zügig verhandelt werden sollen. Im Bundesvorstand ist die Auffassung vertreten worden, daß der Vertrag, der umfassend die zukünftigen Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen soll, möglichst zeitgleich mit dem Grenzvertrag behandelt werden soll. Zielsetzung ist es, alles zu vermeiden, daß die Oder eine Wohlstandsgrenze wird, vielmehr soll die Oder eine moderne und offene europäische Grenze werden und nicht eine Wohlstandsgrenze, die nur zu zusätzlichen Spannungen führen muß.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich kurz mit der Einschätzung der finanziellen Situation der deutschen Einigung und unterstützt die Absicht des Bundeskanzlers, sehr bald nach der Übernahme der Verantwortung für ganz Deutschland am 3. Oktober, eine ungeschminkte Eröffnungsbilanz vorzulegen, auf deren Grundlage die politischen Entscheidungen getroffen werden müssen. Wobei daran liegt, daß die Diskussion differenziert geführt wird. Wenn von Kosten der Wiedervereinigung gesprochen wird,

muß man ja zum einen sagen: die Wiedervereinigung verursacht eigentlich nicht die Kosten, sondern es ist die Erblast des Sozialismus, und dann gibt es natürlich eine Reihe von anderen Kosten, die entstehen, die heute noch unkalkulierbar sind; zum Beispiel: die Kernkraftwerke in der DDR. Wenn in dem Zusammenhang Kosten entstehen, die für unsere Sicherheit notwendig sind, dann muß man sich fragen, was wäre eigentlich passiert, wenn Herr Honecker vor drei Jahren zu uns gekommen wäre und gesagt hätte: Es gibt hier große Sicherheitsprobleme bei den Kernkraftwerken. Sicherlich wären wir dann auch zu Zahlungen bereit gewesen. Das hat also mit der Wiedervereinigung nichts zu tun.

Der Bundesvorstand hat die Vereinbarung des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Außenminister begrüßt. Aus unserer Sicht entspricht das der Verantwortung der Bundesrepublik, aber auch speziell der Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands, hier Verantwortung zu übernehmen. In der Diskussion ist auch deutlich geworden, daß wir im nächsten Jahr eine Änderung der Verfassung anstreben, damit klar ist, daß wir im Rahmen der Vereinten Nationen unserer weltweiten Verantwortung nachgehen können; in Zukunft besser, als das heute aufgrund der jetzigen Rechtslage geschehen kann.

Mehrheit möchte am 3. Oktober Glockengeläut

Die große Mehrheit der Bundesbürger und der Bürger in der DDR möchte, daß anläßlich der deutschen Vereinigung am 3. Oktober die Glocken läuten. Das ergab eine Umfrage der in Illereichen ansässigen Wickert-Institute. Danach sprachen sich im Bundesgebiet 87 Prozent der Befragten, in der DDR 90 Prozent dafür aus, am 3. Oktober die Glocken zu läuten.

Zwei-plus-vier-Gespräche:

Der Grundstein für eine neue europäische Friedensordnung

Die Unterzeichnung des Abschlußdokumentes der Zwei-plus-vier-Gespräche in Moskau ist ein Signal des Friedens für ganz Europa. Mit diesem Dokument des vereinten, freien und souveränen Deutschlands ist das endgültige Ende der Nachkriegsordnung erreicht, erklärt Generalsekretär Volker Rühle.

Die CDU Deutschlands begrüßt, daß die Sowjetunion ihre Truppen in Würde vom Gebiet der heutigen DDR abziehen kann. Deshalb ist es richtig, daß die Bundesregierung durch finanzielle Hilfe dazu beiträgt, daß sich die sowjetischen Soldaten und ihre Familien in der Heimat eine neue Existenz aufbauen und ein menschenwürdiges Zuhause finden können.

Für die CDU ist die Einheit Deutschlands genauso wichtig wie die Einheit Europas. Das oberste Ziel des vereinten Deutschlands wird deshalb die europäische Einigung sein. Das Abschlußdokument der Zwei-plus-vier-Gespräche bildet den Grundstein für die neue europäische Friedensordnung.

★
Mit einem gehörigen Maß an Vertrauen, das in 40 Jahren begründet worden ist, hat das Ausland die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages kommentiert, mit dem die deutsche Einheit besiegelt wird.

Die meisten Kommentatoren begleiteten die Entwicklung bis zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau mit der Hoffnung des Londoner „Independent“, daß Deutschland eine „Lokomotive des Wohlstands und der neuen Stimme der Zivilisation in unserer Welt“ werde.

So heißt es in der Pariser Zeitung „Le Monde“: „Es gibt weder Sieger noch Besiegte . . . Deutschland wird wieder eine zentrale Macht zwischen Osteuropa, das seine Wunden leckt, und Westeuropa, das nach einer Identität sucht.“ Das Blatt fragt, ob der wirtschaftliche Riese Bundesrepublik Deutschland, lange Zeit ein politischer Zwerg, wachsen werde?

Der Mailänder „Corriere della sera“ appelliert an die Deutschen: „Einheit und Souveränität bedeuten auch eine größere Verantwortung . . .“

Nun verwirklicht sich der doppelte Traum der Einheit und der Souveränität — die Deutschen müßten nun einen dritten Traum realisieren. Sie müßten den anderen Vertrauen einflößen.“

Dieses Vertrauen sieht der „Independent“ bereits weitgehend hergestellt: „Die Westdeutschen haben nämlich nicht nur alles, was sie geschaffen haben, mit bewundernswerter Energie und Umsicht vollbracht, sie haben nicht nur sich selbst reich gemacht. Sie haben auch eine der fairsten und anständigsten Gesellschaften der Welt aufgebaut . . . Auf diese Weise haben sie die Dämonen der Vergangenheit begraben.“

Diese Sicht gibt auch im „Daily Telegraph“ den Ton an: „Es ist durchaus legitim, dem neuen Riesen in unserer Mitte mit einiger Reserve zu begegnen — aber wir sollten auch anerkennen, daß wir daran nichts ändern können und daß vier Jahrzehnte eines demokratischen guten Verhaltens möglicherweise zwei Weltkriege vergessen lassen.“

Helmut Kohl:

Die volle Souveränität unseres Landes wird hergestellt

Bundeskanzler Helmut Kohl gab zum erfolgreichen Abschluß der Zwei-plus-Vier-Gespräche und zur Fortentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Sitzung des Bundeskabinetts am 12. September 1990 folgende Erklärung ab:

Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages vor drei Wochen ist der heutige 12. September 1990 ein weiteres Schlüsseldatum auf dem Weg zur deutschen Einheit.

In diesem Augenblick setzen in Moskau die Außenminister der Zwei plus Vier — der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA — ihre Unterschriften unter den „**Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland**“.

Mein Dank gilt allen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, in Sonderheit den Verhandlungsführern.

Das Dokument über die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung spiegelt in umfassendem Maße unsere Verhandlungsziele:

- die volle Souveränität unseres Landes wird hergestellt;
- dies schließt unsere Entscheidungsfreiheit über die Zugehörigkeit zu einem Bündnis unserer Wahl ein;
- für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen DDR wird ein verbindlicher Zeitplan festgelegt, nämlich bis zum 31. Dezember 1994.

Das Zwei-plus-Vier-Abschlußdokument entspricht außerdem in überzeugender Weise der Tatsache, daß die deutsche Einheit 1990 sich im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Verbündeten, Nachbarn, ja mit allen Europäern vollzieht.

Ich sage dies mit besonderem Blick auf Polen und die parallelen Entschließungen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur Grenzfrage. Dies ist die erste Einigung eines Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt, die neue Verbitterungen schaffen.

Der europäische Rahmen unseres Weges zur Einheit wird darüber hinaus betont durch den

● Ausbau des KSZE-Prozesses zu einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung — dies schließt feste Institutionen ein, über die wir uns auf dem KSZE-Gipfel im November einigen werden;

und

● die Überwindung der Konfrontation hochgerüsteter Militärblöcke durch weitreichende Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle und durch den Aufbau einer neuen Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt, so wie wir dies beim Londoner NATO-Gipfel angeboten haben.

Die Bundesregierung — und entsprechend die Regierung der DDR — haben hier bedeutsame Schrittmacherdienste geleistet

- durch die Bestätigung ihres verbindlichen Verzichts auf ABC-Waffen und
- durch eine verpflichtende Erklärung über die künftige Gesamtstärke deutscher Streitkräfte.

Wir und die DDR zusammengenommen reduzieren unsere Truppenstärke um 45 Prozent. Wenn dieses Beispiel weltweit Schule macht, bedeutet das einen gewaltigen Schritt in der Abrüstung.

In Moskau werden in diesen Tagen auch Marksteine für die zukunftsgewandte Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesetzt.

Bundesminister Genscher wird den **Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit** paraphieren.

Nach der Vereinigung Deutschlands wird der Vertrag dann auf höchster politischer Ebene unterzeichnet.

Dieser Vertrag wird geschlossen im Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten. Der Vertrag will den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität verleihen.

Er enthält Grundsätze für die umfassende Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten, darin eingeschlossen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur, Umwelt und nicht zuletzt humanitäre Fragen. Der Vertrag fördert die umfassende Begegnung der Menschen und gewährleistet, daß die Deutschen in der Sowjetunion ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität entfalten können; und er ermöglicht es uns, ihnen dabei zu helfen.

In Ergänzung zu diesem Vertrag ist ein weiterer

Vertrag über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik

fertiggestellt.

Dieser Vertrag ist der völkerrechtliche Rahmen für die Tatsache, daß das vereinte Deutschland — als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft — der größte Wirtschaftspartner der Sowjetunion sein wird. Er eröffnet lohnende Zukunftsperspektiven für beide Seiten.

Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche

Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Die Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Nikolai Portugalow, der außenpolitische Berater des ZK der KPdSU, erklärte zur zukünftigen Rolle Deutschlands in der Weltpolitik:

Die wiedererlangte staatliche Einheit Deutschlands bedeutet meines Erachtens die Rückkehr Deutschlands in die Weltpolitik, und zwar als eine moderne Großmacht — nicht durch Überrüstung, sondern durch das enorme Wirtschaftspotential, das nahezu perfekte Sozialnetz usw. Das vereinigte Deutschland wird auf die Dauer, d. h. für absehbare Zukunft, unser Partner Nr. 1 sein — und nicht nur als Handelspartner, sondern als tätiger Berater, der Hilfe leistet, von dem wir etwas lernen können ... — nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern bei der Entwicklung reifer Marktstrukturen.

Lafontaine – nur jeder 2. SPD-Wähler glaubt an ihn

Oskar Lafontaines Wahl-Chancen werden nicht besser. Zwei Drittel der Deutschen glauben nach einer Spiegel-Umfrage (emnid), daß Helmut Kohl den SPD-Kandidaten bei den gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember besiegen wird. Selbst unter SPD-Anhängern hält derzeit nur jeder zweite einen Erfolg Lafontaines für möglich. Das größte Dilemma für den Saarländer: Die Hälfte der SPD-Wähler ist der Meinung, daß sich eine Lafontaine-Regierung nicht von einer Kohl-Regierung unterscheiden würde. Deshalb würde jeder zehnte SPD-Sympathisant bei einer Direktwahl lieber für Kanzler Kohl stimmen. Laut „Spiegel“ droht Lafontaine ein schlechteres Ergebnis als Vorgänger Johannes Rau — der kam auf 37 Prozent.

(aus „Bild“ vom 17. 9. 1990)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um

- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.

Unser Gesamtaufwand wird sich auf ca. 12 Mrd. DM in vier Jahren belaufen.

Was den Abzug der Streitkräfte selbst angeht, so wird in den nächsten Tagen ein

Vertrag über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs sowjetischer Truppen fertiggestellt werden.

Hier geht es — neben dem schon erwähnten Abzugszeitplan und -endpunkt — um die Rechtsstellung der sowjetischen Soldaten in der Zeit ihres Aufenthalts, um ihre Übungstätigkeit, um Nutzungsrechte an Liegenschaften und deren letztendliche Rückgabe und vieles mehr.

Alle genannten Verträge werden unmittelbar nach dem 3. Oktober 1990 durch die gesamtdeutsche Regierung unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Schon heute stelle ich fest: Durch diese vertraglichen Vereinbarungen wird den deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Perspektive der deutschen Einheit ein machtvoller Impuls gegeben.

Vor dem Hintergrund tiefgreifender Reformen in der Sowjetunion ist das Tor für eine Zukunft der guten Nachbarschaft, der neuen Partnerschaft und der umfassenden Zusammenarbeit weit geöffnet.

Höhere Löhne

Der durchschnittliche Monatsverdienst der Angestellten in Industrie und Handel sowie bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe belief sich im Januar 1990 bei den männlichen Angestellten auf 4.907 DM und bei den weiblichen Angestellten auf 3.195 DM und lag damit um 3,7 Prozent bzw. 4,7 Prozent über den Löhnen im Januar 1989.

17 Milliarden Mark für die Familie

Die Familie war in starkem Maße von den Auswirkungen der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD-geführten Bundesregierung bis 1982 betroffen: steigende Steuer- und Abgabenbelastung, große Probleme für die Ausbildungschancen junger Menschen, Vertrauensverlust und Perspektivlosigkeit waren die Kennzeichen eines wenig familienfreundlichen Klimas.

Bezeichnend für die Denkweise der SPD ist eine Passage aus dem 2. Familienbericht von 1975: „Die Eltern verfügen praktisch über alle Mittel, die hinsichtlich der Bedürfnislage der Kinder wichtig sind. Die entscheidende Frage ist allerdings, ob und in welchem Maße die Eltern diese Machtmittel einsetzen. Zu den wichtigsten Antworten gehört der Hinweis darauf, daß das elterliche Verhalten in dieser Hinsicht gesellschaftlich kaum kontrolliert werden kann. Die private Erfassung des Familienraums hindert genaue Transparenz und schnelle Interventionen.“

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat die Familienpolitik in den Mittelpunkt ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit gestellt. Sie hat die finanziellen Bedingungen für Familien mit Kindern durch eine Reihe von familienpolitischen Maßnahmen mit einem jährlichen Finanzvolumen von fast 17 Mrd. DM seit 1984 wesentlich verbessert. Die wichtigsten Maßnahmen sind:

- **Erziehungsgeld** von 600 DM/Monat ab 1. 1. 1986 für 10 Monate, ab 1. 1. 1988 für 12 Monate und ab 1. 7. 1990 für 18 Monate sowie Erziehungsurlaub.
- **Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche** ab 1. 1. 1985 (dies hatte die SPD seinerzeit abgeschafft).

- **Kindergeldzuschlag** für Familien mit niedrigen Einkommen von bis zu 46 DM Monat ab 1. 1. 1986 und bis zu 48 DM Monat ab 1990.
- **Erhöhung des Kindergeldes** für zweite Kinder von 100 auf 130 DM Monat ab 1. 7. 1990.
- **Anerkennung von Kindererziehungszeiten** in der Rentenversicherung.
- **Errichtung der Bundesstiftung „Mutter und Kind“** im Juli 1984. Die Ausgaben des Bundes hierfür sind von 25 Mio. DM 1984 auf 140 Mio. DM 1990 angestiegen.

Argumentationspapier Familienpolitik

- **Ausdehnung des sog. Baukindergeldes** auf Erstkinder ab 1987 und Anhebung von 600 auf 750 DM ab 1990.
- **Einführung steuerlicher Kinderfreibeträge** von 432 DM je Kind ab 1. 1. 1983; Erhöhung auf 2484 DM ab 1. 1. 1986 und auf 3024 DM je Kind ab 1. 1. 1990.
- **Steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten** bei Alleinerziehenden bis zu 4000 DM für das erste Kind und bis zu 2000 DM für jedes weitere Kind; mindestens aber Pauschbetrag von 480 DM je Kind.
- **Erhöhung der steuerlichen Ausbildungsfreibeträge** ab 1. 1. 1986 und erneut ab 1. 1. 1988.
- **Erhöhung des steuerlichen Haushaltsfreibetrages** für Alleinstehende mit mindestens einem Kind von 4212 DM auf 4536 DM ab 1. 1. 1986 und von 4536 DM auf 5616 DM ab 1. 1. 1990.
- **Einführung eines Pflegepauschbetrages** von 1800 DM ab 1. 1. 1990.

Junge Union hat die Vereinigung schon vollzogen

Die Junge Union hat auf ihrem Deutschlandtag (14. — 16. September) in Leipzig ihre Einheit vollzogen. Nach über 40 Jahren der zwangsweisen Trennung vereinigten sich in der „Heldenstadt“ die 210.000 Mitglieder der Jungen Union mit den 13.000 Mitgliedern der Christlich Demokratischen Jugend (CDJ) sowie den jeweils 1000 Mitgliedern der Jugend des Demokratischen Aufbruchs und der Jugend der DSU zum christlich-demokratischen Jugendverband, der Jungen Union Deutschlands.

Die 380 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands wählten den bisherigen JU-Vorsitzenden Hermann Gröhe (29) zum ersten gesamtdeutschen Bundesvorsitzenden. Dem komplett neugewählten Vorstand gehören fünf Mitglieder aus den fünf neuen Bundesländern an, darunter die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Cordula Schubert, Ministerin für Jugend und Sport der DDR, und der DDR-Zivildienstbeauftragte Christoph Bender.

„Wir wollen keine zwei Klassen von jungen Leuten in Deutschland“, forderte der JU-Vorsitzende Gröhe. Konkret heißt dies für die Junge Union: Die Jugendlichen in Deutschland müssen die gleichen Startchancen haben, in der Schule („schnelle ideologische Entrümpelung der Schulen und Hochschulen“), bei qualifizierten Ausbildungsplätzen. Nachdrücklich setzt sich die Junge Union für eine stärkere Repräsentanz der jungen Generation in der Regierung, Bundestagsfraktion und Partei ein; gefordert wird ein Ministerium mit dem Schwerpunkt Jugend nach der Bundestagswahl

— sowie es die Regierung von Lothar de Maizière geschaffen hat.

Bundeskanzler Helmut Kohl räumte vor dem Deutschlandtag Defizite der Union bei der Jugend und den Frauen ein. Nach der Bundestagswahl würden die Interessen der jungen Generation wie der Frauen im Kabinett deutlicher herausgehoben.

Ohne Anpassungsschwierigkeiten zwischen ost- und westdeutschen Delegierten verliefen auch die Antragsberatungen. Mit großer Mehrheit votierten die Delegierten für Bonn als Parlaments- und Regierungssitz. In der Abtreibungsfrage lehnt die Junge Union die Fristenlösung der DDR ab, fordert eine schnelle gesamtdeutsche Regelung, in der die Hilfen für Schwangere wie für Mütter, insbesondere für Alleinerziehende — u. a. die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum sowie ausreichende Kindergärten- und Hortplätze —, stark ausgebaut werden. Die Zukunft des Wehr- und Zivildienstes sieht die Junge Union in einer allgemeinen und gleichlangen Dienstpflicht für Männer, die wahlweise den Wehrdienst oder Zivilschutz, soziale und karitative Aufgaben ebenso wie Umweltschutzarbeit und Dienst in der Entwicklungshilfe ermöglicht.

Neben dem CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl gehörten zu den Gästen und Diskussionspartnern der Jungen Union DDR-Ministerpräsident de Maizière, der CSU-Vorsitzende Waigel, DDR-Abrüstungsminister Eppelmann, DSU-Chef Walther, der sächsische Ministerpräsidenten-Kandidat Kurt H. Biedenkopf und der CDA-Vorsitzende Ulf Fink.

Horst Korbella:

Auf ein (Wahlkampf-)Wort

In Kürze werden CDU-Ost und CDU-West wieder eins sein. Viele der den Hamburger Parteitag vorbereitenden Gemeinsamkeiten sind schnell zur neuen Selbstverständlichkeit geworden. Seit einiger Zeit erreicht der UiD gleichfalls die politischen Funktions- und Mandatsträger in den fünf CDU-Landesverbänden der DDR. So ist es möglich, mich auch auf diesem Wege direkt an die Freunde in Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu wenden.

Vor der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 haben wir, liebe Freunde, noch eine Zäsur zu bestehen, die gleichsam unsere politische Einstiegs-kondition für das neue Deutschland bedeutet.

So muß bereits am 14. Oktober, wenn über die politischen Strukturen der fünf neuen Bundesländer befunden wird, erneut ein solches Wählervotum zustande kommen, das dem Platz christdemokratischer Politik in der Geschichte und für die Zukunft unseres Volkes angemessen ist.

Noch unterliegt der Wahlkampf bei uns eigenen Gesetzen, die aus anderen Erfahrungen und zum Teil anderen Sichten der Menschen resultieren. Die Ideologisierung eines Volkes von 17 Millionen ist nicht ohne Wirkung geblieben.

Das nüchterne Leistungsprinzip, wie es sonst bei politischen Parteien in ihrem Wirken für die Staaten mit parlamentarischen Demokratien angelegt wird, kann bei uns noch nicht zum Tragen kommen. Das Gegenteil ist vielfach bei der Beurteilung der Gegebenheiten der Fall.

Mit welcher Verkehrung der politischen Verhältnisse sind wir beispielsweise zur Zeit konfrontiert! Der Verursacher des bedingungslosen politischen und wirtschaftlichen Bankrotts sitzt auf der Oppositionsbank und stellt mit rhetorischer hinterlistiger Schläue uns als Regierungspartei kritische Fragen, weil die Verwaltung der Konkursmasse natürlich mit strukturellen Verwerfungen und zunächst negativen sozialen Konsequenzen verbunden ist.

Lassen wir uns durch diese demagogische Polemik und Wichtigtuerei von PDS, aber auch SPD, nicht in die Defensive drängen. Nein — wir haben Anlaß, unseren Wahlkampf in der Freude auf Deutschland engagiert und offensiv auszugestalten.

— Wir gehören in Kürze zu der Partei, die sich trotz aller Anfeindungen und Verdächtigungen in der Vergangenheit den Glauben an Deutschland bewahrt hatte.

— Wir gehören in Kürze zu der Partei, deren Vorsitzender als Kanzler eine Politik vertreten hat, die uns Deutsche in diesen Tagen europäische Nachkriegsgeschichte beenden läßt und durch die wir unsere Souveränität unter den Völkern der Welt wiedererlangt haben.

— Wir sind die Partei, deren Vorsitzender als Ministerpräsident einen staatsrechtlich geordneten Weg in die deutsche Einheit verhandelt hat, der uns als Ostdeutsche trotz Niederlage eines politischen und wirtschaftlichen Systems nicht zu den Verlierern der osteuropäischen Nachkriegsgeschichte gehören läßt.

Wir sollten des weiteren den Wählern in

den ostdeutschen Bundesländern deutlich sagen:

— daß die CDU die Partei ist, die nicht nur Wohlstand verheißt, sondern Wohlstand gewährleistet, weil nachweisbar nur sie die wirtschaftspolitische Kompetenz für den erhobenen Anspruch belegen kann;

— daß die CDU die Partei ist, die damit am ehesten die strukturellen Defizite und ökologischen Belastungen zur Gesundung der Regionen zu beseitigen imstande ist;

— daß die CDU die Partei ist, die den sozialen Belangen der Menschen den Stellenwert einräumt, wie er uns aus dem christlichen Verständnis des Menschen zu eigen ist.

Prominente Spitzenpolitiker der CDU des Bundes unterstützen uns in vielfältiger Weise sowohl bei großen Wahlkampfauftritten als auch bei einer Fülle sachbezogener Gespräche an neuralgischen Punkten unserer neu zu ordnenden ostdeutschen gesellschaftlichen Strukturen. Wir gehen offensiv an diese vielfältigen Probleme nicht in erster Linie mit Fragen sowie Zittern und Zagen, sondern mit Antworten, die Mut und Hoffnung zu bewirken in der Lage sind. Die Menschen müssen spüren, daß hier eine Partei antritt, die Perspektive verheißt.

41 Jahre christdemokratischer Politik in der Bundesrepublik Deutschland haben dieses Land zu dem gemacht, wie es sich heute darstellt — ein weltweites Beispiel für rechtsstaatliche Verhältnisse, politischen und geistigen Pluralismus, wirtschaftliche Leistungskraft und ein dicht geknüpftes Netz sozialer Sicherungsmaßnahmen, auch für die Schwachen in der Gesellschaft. Wir brauchen diese Politik im gesamten Deutschland für alle Regionen. Deshalb — packen wir es an, es lohnt sich! Diesmal haben wir die Zukunft tatsächlich in unserer Hand. ■

Mittelstand

100 000 Freiberufler fehlen in der DDR

Diese vom Bundesverband Freie Berufe errechnete Zahl erklärt, warum es beim Aufbau mittelständischer Betriebe in der DDR — trotz der nun durch den Einigungsvertrag geklärten Grundstücksfrage — weiterhin erhebliche zeitliche Verzögerungen gibt. Vor allem an Notaren, Steuerberatern, Marketingfachleuten und Bemessungsingenieuren besteht weiterhin ein großer Bedarf. Dieses Problem hat die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU erkannt und eine Broschüre „Marktwirtschaft für Einsteiger“ herausgegeben. Zum Aufbau eines Wirtschaftsunternehmens gehören nämlich, nach den Worten ihres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hansjürgen Doss, zu 50 Prozent Motivation und Engagement, doch die restlichen 50 Prozent bestehen aus konkreten Hinweisen.

Konkrete Hinweise gibt die Broschüre darüber, an welche Institutionen sich Unternehmer in Einzelfragen wenden können. Hierbei werden Fragen des Rechnungswesens ebenso behandelt, wie die Vorteile für Bausparen und die Darstellung moderner Kommunikationssysteme.

Im Rahmen von Patenschaften führt die Mittelstandsvereinigung derzeit außerdem zahlreiche Beratungsveranstaltungen in der DDR durch, wobei die Broschüre an Ort und Stelle verteilt wird. Gegen eine Schutzgebühr von 9,80 DM kann der Ratgeber auch direkt bei der Vereinigung unter folgender Adresse bezogen werden:

Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU
Postfach 120245
5300 Bonn 1

DDR-Landwirtschaft auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft

Enteignung und Zwangskollektivierung mit viel menschlichem Leid — das waren die Anfänge der DDR-Landwirtschaft. Sozialistische Planwirtschaft, Ausbeutung der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren, unproduktive Arbeitsmethoden waren die Folge. Statt Eigenverantwortung und Eigeninitiative war die Erfüllung des nationalen Plansolls geboten: Sozialistische Gleichmacherei statt Ausschöpfung von landwirtschaftlichen Standortvorteilen. Das Ergebnis war eine unproduktive Landwirtschaft, die sich völlig unabhängig von der Gesamtwirtschaft entwickelte und deshalb heute in Europa nicht konkurrenzfähig ist. Die unproduktiven Verfahren und die daraus resultierenden überhöhten Produktionskosten zogen Erzeugerpreise nach sich, die weit über denen der anderen europäischen Staaten lagen.

In der Landwirtschaft ist daher ein völliger Neuanfang erforderlich. Nur durch die Abkehr von den sozialistischen Agrarfabriken und der grundlegenden Modernisierung der Agrarwirtschaft können die derzeitigen Probleme gelöst werden. Die unübersehbaren „Agrarkomplexe“ müssen verkleinert und flexibler gemacht werden. Ihre Wirtschaftsweise muß auf die Anforderungen des Marktes und auf die Ansprüche von Natur- und Umweltschutz ausgerichtet werden. Die Verbraucher in der DDR sind an qualitativ hochwertigen und attraktiv verpackten Waren interessiert. Auf diese neuen Bedingungen muß sich die DDR-Landwirtschaft einstellen, muß Phantasie und Eigeninitiative entwickeln, wenn es darum geht,

sich selbst um Märkte und Absatz zu kümmern.

Unser Ziel ist es, eine leistungsfähige und in Europa konkurrenzfähige Land- und Ernährungswirtschaft, die Teil einer leistungsfähigen Gesamtwirtschaft ist, aufzubauen. Alle in der Landwirtschaft Tätigen müssen an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben. Wir wollen, daß auch in der DDR die Preispolitik vorrangiges Instrument der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik wird. Ergänzt werden muß diese durch flankierende Maßnahmen in den Bereichen Agrarsozialpolitik, Agrarmarktpolitik und durch direkte Einkommenshilfen.

Umstellungshilfen für die DDR-Landwirtschaft

Zur Umstellung der Landwirtschaft der DDR auf die Agrarwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wurden umfangreiche Anpassungsmaßnahmen in Gang gesetzt. Insgesamt stehen der DDR-Landwirtschaft bis Ende des Jahres rund 5,3 Milliarden, für 1991 sogar 9,1 Milliarden Mark, zur Verfügung.

● Das gesamte Marktordnungsrecht der EG wurde von der DDR übernommen. Damit hat die DDR-Landwirtschaft ein dem EG-Marktordnungssystem entsprechendes Agrarpreisstützungs- und Außenschutzsystem sowie Erzeugerbeihilfen erhalten.

● Als Ausgleich für den Wegfall der staatlich garantierten Preise zum 1. Juli 1990 wurden Anpassungshilfen in einer Größenordnung von 2,2 Milliarden Mark für die zweite Jahreshälfte 1990 bereitge-

stellt. Für 1991 sind weitere Hilfen geplant.

● Um den Preisverfall zu stoppen, wurden in wichtigen Warenbereichen staatliche Interventionen eingeführt. Durch diese staatlichen Aufkäufe konnten bei Getreide und Milchprodukten bisher beachtliche Produktionsmengen aus dem Markt genommen werden.

● Zur Marktentlastung auf den überschüssigen DDR-Agrarmärkten wurde ein Programm zur Stilllegung von Ackerflächen und zur Extensivierung der Landbewirtschaftung gegen Einkommensausgleich beschlossen. Dieses Programm gilt seit Juli 1990.

● Zur Preisstützung und zur Marktentlastung wurde der Agrarexport aus der DDR massiv gefördert. Große Mengen Schweinefleisch, Rindfleisch, Butter, Magermilchpulver und Getreide werden bis zur Jahreswende aus der DDR in Drittländer exportiert werden.

● Der Schutz des Privateigentums in der Land- und Forstwirtschaft wurde wieder hergestellt.

- Das Ausscheiden von LPG-Mitgliedern aus der Genossenschaft,
- die Neustrukturierung der LPGen,
- die Rückerstattung von eingebrachten Flächen und Vermögensanteilen,
- der Vorrang von DDR-Bürgern bei Kauf und Pacht von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken wurden gesetzlich geregelt.

Versäumnisse des Ex-Landwirtschaftsministers

Mit diesen Maßnahmen wurden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um den sehr schwierigen Anpassungsprozeß der DDR-Landwirtschaft von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft zu mildern.

Leider haben Ex-Landwirtschaftsminister Pollack (SPD-nahestehend) und sein SPD-Staatssekretär es versäumt, die von der Regierung und der Volkskammer der DDR beschlossenen Maßnahmen mit der gebotenen Eile und Konsequenz umzusetzen:

● Die Bauern und die Genossenschaften wurden nicht rechtzeitig über die neuen Marktbestimmungen informiert, so daß sie teilweise ihre Waren viel zu billig verkauften.

● Auszahlungsfristen bei staatlichen Aufkäufen z. B. von Getreide, waren zu lang. Teilweise wurden die Waren erst nach acht Wochen bezahlt, was zusätzlich zu Liquiditätsproblemen bei den Erzeugern führte.

● Die Liquiditätshilfen an die Unternehmen wurden zu einem großen Teil zu spät ausgezahlt, und die Bauern wußten teilweise nicht, welche Ausgleichshilfen ihnen zustanden.

● Es wurde versäumt, die Eigentümer von Grund und Boden über ihre neuen Rechte umfassend zu unterrichten und aufzuklären. Das hat Unruhe und Unsicherheit in den Unternehmen bei der Weichenstellung für die Zukunft gebracht.

Schnelle Hilfe zur Lösung der Probleme

Nach Ausscheiden der SPD aus der Regierungsverantwortung hat die CDU-geführte Regierung der DDR eine schnelle Abhilfe bei den aufgetretenen Störungen eingeleitet. Insbesondere wurde folgendes veranlaßt:

- umfassende Information aller Beteiligten über die neuen Rahmenbedingungen zur Umstellung,
- schnellere Abwicklung der Verkäufe bei Interventionsmaßnahmen,

- schnellere Auszahlung der staatlichen Einkommenshilfen,
- zusätzliche Liquiditätshilfen für besonders belastete Unternehmen,
- zusätzliche Hilfen zur Entlastung der Märkte bei Milchprodukten, Kartoffeln, Obst und Gemüse.

Das Hauptanliegen der Agrarpolitik der CDU ist es, die in der Landwirtschaft Tätigen sozial abzusichern und für alle Beteiligten die Belastungen so gering wie möglich zu halten. Denn im Mittelpunkt der CDU-Politik stehen die in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Deshalb wird es mit der CDU im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft keine Diskriminierung bestimmter Unternehmensformen geben. Nach sorgfältiger Überlegung sollen die Beteiligten selber entscheiden, ob und wie sie künftig Landbewirtschaftung betreiben wollen: als bäuerlicher Haupt- oder Nebenerwerbsbetrieb, im Rahmen einer Genossenschaft oder in anderer Rechtsform. Maßgebend ist nun die freie Entscheidung eines jeden einzelnen nach Können und persönlichen Zielen.

In einem mehrjährigen Anpassungsprozeß wird sich eine Agrar- und Betriebsstruktur ergeben, die unseren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Anforderungen am besten entspricht.

Perspektiven

Die Landwirtschaft der DDR hat

- wegen der guten Qualifizierung und der hohen Leistungsbereitschaft der Menschen,
 - wegen der zum Teil guten Standortbedingungen und
 - wegen der Möglichkeiten zur Schaffung einer wirtschaftlich leistungsfähigen Agrarstruktur
- nach einer entsprechenden Umstellungs-

phase gute Voraussetzungen, sich in Europa zu behaupten.

Die Landwirtschaft in den fünf neuen Bundesländern ist mit dem 3. Oktober 1990 voll in den europäischen Agrarmarkt integriert und profitiert damit von den zahlreichen Hilfen zur Förderung der Landwirtschaft in Europa. Agrarmarktpolitik, Agrarsozialpolitik, Agrarstrukturpolitik, Einkommenspolitik, Naturschutzpolitik bieten gezielte Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft an. Die marktwirtschaftlichen Preissicherungssysteme sind eine solide Grundlage für den Aufbau einer leistungsfähigen Markt- und Produktionsstruktur.

Eine CDU-geführte Bundesregierung wird die Anpassung der Landwirtschaft mit allem Nachdruck fördern. Deutschland braucht eine leistungsfähige Landwirtschaft aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und aus ökologischen Gründen. Die Landwirtschaft wird auch in den neuen Bundesländern eine solide und unverzichtbare Grundlage für den Aufbau wirtschaftlich starker ländlicher Regionen sein.

Deutschland braucht die Bauern. Sie können sich auf die Solidarität der CDU verlassen. ■

Konjunkturelle Dynamik

Nach den jüngsten Sozialproduktsberechnungen des Statistischen Bundesamtes hat das Bruttosozialprodukt im 1. Quartal 1990 sein Vorjahresniveau mit 4,4 Prozent kräftig übertroffen. Diese konjunkturelle Dynamik wird insbesondere deutlich, wenn man saisonale und außergewöhnliche Kalendereinflüsse ausschaltet. In dieser Betrachtung hat sich das Bruttosozialprodukt im 1. Quartal allein gegenüber dem 4. Quartal 1989 mit 2,5 Prozent ungewöhnlich stark erhöht.

Touch the Future

Die Jungen in der Union für Helmut Kohl

Mit der Aktion „Touch the Future“ wollen die Unionsparteien in neuer jugendgemäßer Form junge Leute ansprechen. Der JU-Vorsitzende Hermann Gröhe erklärte dazu beim Start der Aktion auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Leipzig: „Junge Menschen sollen so für die Ziele der Union und für die Mitarbeit an der Gestaltung der Einheit Deutschlands im sich einigenden Europa gewonnen werden.“ Für die Jungen in der Union bedeutet „Touch the Future“ bei der richtigen Weichenstellung für die Zukunft mitzuwirken.

„Touch the Future“ heißt der neue Slogan, der sich bewußt der englischen Sprache bedient und damit der überwiegend englischsprachigen jugendlichen Song- und Musikkultur entspricht. Mit diesem Motiv gibt es: Plakat, Rahmenplakat, Rahmenflugblatt und Aufkleber.

Plakat/Rahmenplakat DIN A1

Bestell-Nr.: 7336/8337

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 25,— DM

Rahmenflugblatt DIN A4

Bestell-Nr.: 1338

Mindestabnahme: 500 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM

Aufkleber

Bestell-Nr.: 9339

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 12,— DM

Bestellungen an das

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

TOUCH THE FUTURE!



CDU

DIE JUNGEN IN DER UNION

TOUCH
THE
FUTURE!



CDU

DIE JUNGEN IN DER UNION

Neu im Angebot:

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Faltblatt

Bestell-Nr.: 2334

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 25,— DM

Plakat DIN A1

Bestell-Nr.: 7333

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 38,— DM

Aufkleber

Bestell-Nr.: 9249

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

Faltblätter

Frauen in der Union

Parteitagbeschuß zur politischen Gleichstellung

Bestell-Nr.: 2105

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 10,— DM

„Kleine Hände“ — Hilfen in Bedrängnis für Mütter, Väter und Kinder

Bestell-Nr.: 2296

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

Leitfaden

„Kleine Hände“

Bestell-Nr.: 5293

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 18,75 DM

Broschüren

Neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau

Leitsätze, beschlossen auf dem

33. Bundesparteitag

Bestell-Nr.: 5708

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 21,50 DM

Leben wagen — Zukunft gewinnen

16. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union

am 20./21. Februar 1988 in Bonn

Bestell-Nr.: 5292

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 30,— DM



Kinderfreundliche Gemeinde

Leitfaden für die praktische Arbeit vor Ort

Bestell-Nr.: 5186

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM

Aufkleber

Frauen-Union

Bestell-Nr.: 9081

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

„Kleine Hände“

Bestell-Nr.: 9294

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

Rahmenplakat

DIN A1 — Frauen-Union

Bestell-Nr.: 8181

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328
4804 Vermold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Ein attraktives Angebot:

Glücksrad

Die Bundespartei hat ein Glücksrad entwickelt, das bei Veranstaltungen ein attraktiver Anziehungspunkt für alle Besucher sein kann.
Der Preis beträgt 295,— DM plus MwSt. plus Versandkosten ab Werk. Lieferzeit ca. 3 bis 4 Wochen; Bestellschluß ist der 2. 10. 1990.

Technische Angaben: Das Glücksrad besteht aus drei Einzelteilen; d. h. einfacher Auf- und Abbau; die Höhe beträgt ca. 1,50 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m; die Einzelteile sind gut im Pkw zu transportieren.

Bestellungen an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Friedrich-Ebert-Allee 73 — 75 (KAH)
5300 Bonn 1

UID

29/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.